

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	1
A. Überblick .....	1
B. Warum die Beiladung als Gegenstand der Untersuchung? .....	4
C. Gang der Untersuchung .....	5
 I. Erster Teil: Die Klage von Aktionären gem. § 148 AktG .....	7
A. Die Vorgängerregelungen zu § 148 AktG .....	7
1. Art. 223 ADHGB von 1884 .....	7
2. §§ 268–270 HGB von 1897 .....	13
3. §§ 268–270 HGB von 1931 .....	14
4. §§ 122–124 AktG von 1937 .....	15
5. § 147 AktG von 1965 .....	15
6. § 147 AktG von 1998 .....	16
7. Ergebnis zu A.: Weitgehende Kontinuität vor 2005 .....	18
B. Die §§ 147, 148 AktG seit 2005 .....	18
1. Vorgeschichte .....	18
2. Die Neuregelung im Einzelnen .....	21
a. Das Klagezulassungsverfahren .....	23
b. Das Verfahren nach erfolgter Klagezulassung .....	27
aa. Klage der Aktionäre .....	27
bb. Klage der AG .....	29
cc. Rechtshängigkeit und Rechtskraft .....	29
C. Terminologie und systematische Einordnung der Klage gem. § 148 AktG .....	32
1. Aktionärsklage .....	33
2. Actio pro socio .....	35
a. Der Begriff der actio pro socio im Personen- gesellschaftsrecht .....	36
b. Der Begriff der actio pro socio im Kapital- gesellschaftsrecht .....	40

aa. actio pro socio als Fall der Prozessstandschaft .....	40
(1) Stand der Diskussion .....	40
(2) Die Bedeutung der horizontalen Treuepflicht .....	42
bb. Begriff der actio pro socio nicht auf Sozialansprüche beschränkt .....	46
(1) Die gemeinsame rechtliche Grundlage einer Standschafterklage gegen Gesellschafter und Verwaltungsmitglieder .....	46
(2) Wortbedeutung .....	48
(3) Tatsächliche Begriffsverwendung .....	48
c. Ergebnis zu 2.: Bedeutungswandel des Begriffs der actio pro socio .....	49
 D. Möglichkeiten zur Durchsetzung von Ansprüchen gegen Verwaltungsmitglieder durch Aktionäre jenseits von § 148 AktG .....	50
1. Actio pro socio durch Aktionäre einer abhängigen AG .....	51
2. Keine ungeschriebene allgemeine actio pro socio im Aktienrecht .....	54
3. Eigene Parallelansprüche von Aktionären neben dem Anspruch der AG .....	56
a. Mögliche Anspruchsgrundlagen .....	57
aa. § 280 Abs. 1 BGB .....	57
bb. § 823 Abs. 1 BGB .....	58
cc. § 823 Abs. 2 BGB iVm. Schutzgesetz .....	60
dd. § 826 BGB .....	62
ee. §§ 117 Abs. 1 Satz 2, 317 Abs. 1 Satz 2 AktG als ein Einwand? .....	62
ff. §§ 148, 309 Abs. 4 AktG als ein Einwand? .....	63
b. Anspruchsinhalt .....	63
4. Ergebnis zu D.: Zentrale Bedeutung des § 148 AktG .....	64
 II. Zweiter Teil: Die Beiladung gem. § 148 AktG .....	66
A. Die verschiedenen Fälle der Beiladung gem. § 148 AktG .....	66
1. Beiladung der AG zum Zulassungsverfahren der Aktionäre (§ 148 Abs. 2 Satz 9 1. Alt. AktG) .....	66
2. Beiladung der AG zum Klageverfahren der Aktionäre (§ 148 Abs. 2 Satz 9 2. Alt. AktG) .....	67
3. Beiladung der Aktionäre zum Klageverfahren der AG nach vorausgegangener Klage in Prozessstandschaft (§ 148 Abs. 3 Satz 3 AktG) .....	67

4. Beiladung der Aktionäre zum Klageverfahren der AG aus dem Zulassungsverfahren heraus (§ 148 Abs. 3 Satz 3 AktG).....	67
5. Beobachtung.....	68
B. Die Gesetzesmaterialien zum UMAG .....	68
C. Der Meinungsstand zur Bedeutung des Beiladungsbegriffs gem. § 148 AktG.....	70
1. Rechtsstellung nach dem Vorbild der §§ 65, 66 VwGO.....	70
a. Stimmen speziell zur Beiladung gem. § 148 AktG .....	70
b. Stellungnahmen im Schrifttum allgemeinerer Art .....	72
2. Bloße Information eines Dritten durch das Gericht.....	74
D. Die übrigen gesetzlich geregelten Fälle der Beiladung.....	77
1. Die Beiladung in den Prozessordnungen der öffentlich- rechtlichen Gerichtsbarkeiten .....	77
a. Zwecke der Beiladung.....	78
b. Die drei Elemente der Beiladung.....	79
c. Voraussetzungen der Beiladung: § 65 VwGO .....	80
d. Rechtsfolgen der Beiladung .....	81
aa. Formelle Verfahrensbeteiligung des in § 66 VwGO niedergelegten Inhalts .....	81
bb. Rechtskrafterstreckung.....	85
2. Die Beiladung im Zivilprozess .....	86
a. § 640 e Abs. 1 Satz 1 ZPO a. F.....	86
aa. Regelungsgegenstand.....	86
bb. Verfassungsrechtlicher Hintergrund: Art. 103 Abs. 1 GG .....	87
cc. Rechtsfolgen der Beiladung .....	95
b. § 856 Abs. 3 ZPO.....	96
aa. Regelungsgegenstand und Zweck der Beiladung.....	97
bb. Modellcharakter dieser Regelung.....	99
cc. Das gescheiterte Zustandekommen einer allgemeinen Beiladungsregelung bei Entstehung der ZPO .....	102
c. § 666 Abs. 3 Satz 1 ZPO a. F. ....	106
aa. Regelungsgegenstand.....	106
bb. Zweck der Beiladung .....	108
d. § 8 Abs. 3 Satz 1, § 12 KapMuG .....	112
aa. Das Verfahren nach dem KapMuG.....	112
(1) Das dem Musterverfahren vorgelagerte Verfahren .....	113

(2) Das Musterverfahren vor dem Oberlandesgericht .....	114
(a) Die Beiladung im Musterverfahren .....	115
(b) Die Rechtsstellung des Beigeladenen .....	116
(3) Das weitere Verfahren bei den ursprünglichen Prozessgerichten .....	118
bb. Erweiterung des numerus clausus zivilprozessualer Drittbeteiligungsformen .....	118
e. § 48 Abs. 1 Satz 1 WEG .....	119
aa. Regelungsgegenstand .....	119
bb. Zweck der Beiladung .....	120
cc. Die Beitrittsmöglichkeit des Beigeladenen .....	124
3. Ergebnis zu D.: Uneinheitlichkeit der gesetzlich geregelter Fälle der Beiladung .....	125
E. Übertragbarkeit auf die Beiladung gem. § 148 AktG .....	126
1. §§ 65, 66 VwGO .....	126
a. Wortlaut .....	126
b. Zweck .....	127
aa. Zwecke der Beiladung gem. §§ 65, 66 VwGO im Rahmen von § 148 Abs. 3 Satz 3 AktG nicht einschlägig .....	127
bb. Kontrollzweck des § 148 Abs. 3 Satz 3 AktG mit einer Verfahrensstellung nach dem Vorbild der §§ 65, 66 VwGO nicht erreichbar .....	128
(1) Möglichkeit eines klageabweisenden Versäumnisurteils .....	131
(2) Nebenintervention: Säumnisabwendung durch Zurechnung .....	133
(3) Weitere Zurechnungsmechanismen im Zivil- und Zivilprozessrecht .....	134
(4) Zuordnung als die gemeinsame Voraussetzung aller Zurechnungsmechanismen .....	136
(5) Fehlende Zuordnung des Beigeladenen gem. §§ 65, 66 VwGO .....	140
(6) Daher: Keine Möglichkeit zur Verhinderung eines Versäumnisurteils .....	142
(7) Überdies: Keine Möglichkeit zur Beseitigung eines Versäumnisurteils .....	142
c. Ergebnis zu 1.: Beiladung gem. §§ 65, 66 VwGO nicht übertragbar .....	144
2. § 8 Abs. 3 Satz 1, § 12 KapMuG .....	144
3. Verfahrensstellung sui generis .....	146

4. Erstes Zwischenergebnis zu E.: Kreationselement nicht übertragbar.....	147
5. Automatische Begründung der Verfahrensstellung eines Nebenintervenienten.....	147
6. Zweites Zwischenergebnis zu E.: Beteiligungselement nicht übertragbar.....	149
7. Information zwecks Erfüllung einer Pflicht aus Art. 103 Abs. 1 GG.....	150
a. Die in einem Zivilprozess vom Schutzbereich des Art. 103 Abs. 1 GG erfassten Dritten .....	150
aa. Die Auffassung Schlossers.....	151
bb. Die Auffassungen Zeuners und Grunskys .....	152
cc. Die Auffassung Wolfs.....	153
dd. Folgerungen .....	154
(1) Betroffenheitsobjekt .....	155
(2) Betroffenheitsmechanismus.....	155
b. Beiladung der ehemals klagenden Aktionäre gem. § 148 Abs. 3 Satz 3 AktG .....	157
aa. Der streitgegenständliche Ersatzanspruch .....	157
bb. Die Mitgliedschaft und einzelne Mitgliedschafts- rechte .....	158
(1) Die Mitgliedschaft als solche .....	158
(2) Das Vermögensrecht gem. § 58 Abs. 4 AktG .....	160
(3) Das Mitverwaltungsrecht gem. §§ 50 Satz 1, 53 Satz 1, 93 Abs. 4 Satz 3, 116 Satz 1, 117 Abs. 4 AktG .....	161
(4) Die Prozessführungsbefugnis gem. § 148 Abs. 1 AktG .....	164
(a) Prozessführungsbefugnis nach Klage- erhebung/-übernahme durch die AG .....	167
(b) „Verfügungsbefugnis“ der AG.....	171
cc. Ergebnis zu b.: Beiladung der Aktionäre gem. § 148 Abs. 3 Satz 3 AktG nicht durch Art. 103 Abs. 1 GG erklärbar .....	172
c. Beiladung der AG gem. § 148 Abs. 2 Satz 9 2. Alt. AktG .....	172
aa. Schutzbereich des Art. 103 Abs. 1 GG eröffnet.....	172
bb. Keine Informationspflicht des Gerichts.....	173
(1) Zeitliche Zumutbarkeit eigener Kenntnis- verschaffung durch die AG.....	174
(2) Inhaltliche Zumutbarkeit eigener Kenntnis- verschaffung durch die AG.....	175

cc. Ergebnis zu c.: Beiladung der AG gem. § 148 Abs. 2 Satz 9 2. Alt. AktG ebenfalls nicht durch Art. 103 Abs. 1 GG erklärbar .....	176
8. Information zwecks Erstreckung der Rechtskraft .....	176
9. Information zwecks Erleichterung der Beteiligung am fremden Prozess .....	177
10. Drittes Zwischenergebnis zu E.: Informationselement nicht übertragbar .....	178
 F. „Autonome“ Auslegung: Beiladung gem. § 148 AktG als Begründung der Möglichkeit eines Beitritts als Nebenintervenient .....	179
1. Das rechtliche Interesse gem. § 66 ZPO .....	180
2. Rechtliches Interesse der ehemals klagenden Aktionäre .....	181
a. Allgemein: Rechtliches Interesse von Aktionären, der AG in von dieser geführten Leistungsprozessen beizutreten .....	181
b. Konkret: Rechtliches Interesse der ehemals klagenden Aktionäre, der AG nach Klageerhebung/-übernahme gem. § 148 Abs. 3 Sätze 1, 2 AktG beizutreten .....	182
aa. Die Mitgliedschaft als solche .....	183
bb. Das Vermögensrecht gem. § 58 Abs. 4 AktG .....	184
cc. Das Mitverwaltungsrecht gem. § 93 Abs. 4 Satz 3 AktG .....	185
dd. Die Prozessführungsbefugnis gem. § 148 Abs. 1 AktG .....	187
c. Kein Widerspruch zur Nebeninterventionsbefugnis von Aktionären auf Seiten der AG bei Beschluss- anfechtungsklagen .....	190
d. Kein Widerspruch zur Nebeninterventionsbefugnis von Aktionären im Klagezulassungsverfahren .....	195
e. Ergebnis zu 2.: Kein rechtliches Interesse der ehemals klagenden Aktionäre gem. § 66 ZPO .....	196
3. Rechtliches Interesse der AG .....	196
4. Folgerungen für die Auslegung des Beiladungsbegriffs gem. § 148 AktG .....	198
 G. Art der durch die Beiladung ermöglichten Nebenintervention .....	200
1. Die Nebenintervention der AG .....	200
2. Die Nebenintervention der ehemals klagenden Aktionäre .....	201
a. Zweck .....	202
aa. Die Untauglichkeit der einfachen Nebenintervention für eine Kontrolle .....	202

bb. Insbesondere: Das bewusst herbeigeführte Versäumnisurteil.....	203
cc. Lückenschluss im Kontrollsystem.....	204
b. Systematik.....	206
aa. Streitgenössische Nebenintervention im Beschlussanfechtungsprozess.....	206
bb. Streitgenössische Nebenintervention im früheren Entmündigungsverfahren .....	209
c. Noch einmal: Zweck .....	211
d. Ergebnis zu 2.: Auch die Beiladung der ehemals klagenden Aktionäre stellt die Zulassung einer streitgenössischen Nebenintervention dar .....	212
 III. Dritter Teil: Wesentliche Ergebnisse .....	 213
 Literaturverzeichnis.....	 219
Sachverzeichnis.....	237